

dass die Menschenrechte aller in ihrem Hoheitsgebiet lebenden und ihrer Hoheitsgewalt unterstellten Personen gefördert und geschützt werden,

mit dem Ausdruck ernster Besorgnis über die alarmierende Menschenrechtssituation in der Bolivarischen Republik Venezuela, in der im Kontext der anhaltenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Krise systematisch Verstöße begangen werden, die alle Menschenrechte zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle direkt und indirekt beeinträchtigen, wie aus den Berichten der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte und anderer internationaler Organisationen hervorgeht,

mit dem Ausdruck höchster Beunruhigung über die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in der Bolivarischen Republik Venezuela,

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Vielzahl miteinander verknüpfter Verletzungen der wirtschaftlichen und sozialen Rechte in der Bolivarischen Republik Venezuela, insbesondere des Rechts auf angemessene Nahrung und des Rechts auf das erreichbare

sind, um ein Mindestmaß an Einkommen und Nahrung zu erhalten, aus politischen Gründen beim Zugang zu diesen Programmen diskriminiert werden, und fordert nachdrücklich, dass alle Sozialprogramme allen, die ihrer bedürfen, auf transparente, nichtpolitisierte und nicht-diskriminierende Weise bereitgestellt werden;

14. *bekundet ernste Besorgnis* über die unverhältnismäßig starken und unterschiedlichen Auswirkungen der Krise in der Bolivarischen Republik Venezuela auf die Menschenrechte der Frauen und Mädchen, den Mangel an umfassender Gesundheitsversorgung und den unzulänglichen Zugang zu grundlegenden Bestimmungsfaktoren für Gesundheit, darunter Wasser und angemessene Ernährung, die Verschlechterung der Impf- und Gesundheitsvorsorgeprogramme und die Berichte über einen Anstieg der Müttersterblichkeit, Jugend-

körperlicher und geistiger Gesundheit, den Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und die Sonderberichterstatterin für die Rechte der indigenen Völker;

22. *ersucht* die Hohe Kommissarin, die Menschenrechtssituation in der Bolivarischen Republik Venezuela auch weiterhin zu beobachten und darüber Bericht zu erstatten, unter anderem in einem mündlichen Sachstandsbericht an den Menschenrechtsrat auf seiner dreiundvierzigsten und fünfundvierzigsten Tagung, und einen umfassenden schriftlichen Bericht über die Menschenrechtssituation in der Bolivarischen Republik Venezuela zu erstellen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Unabhängigkeit des Justizsystems und dem Zugang zur Justiz, namentlich im Hinblick auf die Verletzungen der wirtschaftlichen und sozialen Rechte und die Menschenrechtssituation in der Region Arco Minero del Orinoco, und ihn dem Rat auf seiner vierundvierzigsten Tagung vorzulegen, worauf ein interaktiver Dialog folgen wird;

23. *bittet* die Hohe Kommissarin, den Mitgliedstaaten und Beobachtern des Men-

30. *fordert* die Bolivarische Republik Venezuela *auf*, uneingeschränkt mit allen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zuständigen regionalen Mechanismen zusammenzuarbeiten und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission freien, vollen und ungehinderten Zugang zu gewähren.

40. Sitzung
27. September 2019

[Verabschiedet in einer aufgezeichneten Abstimmung mit 19 Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen. Das Abstimmungsergebnis lautete wie folgt:

Dafür:

Argentinien, Australien, Bahamas, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Island, Italien, Japan, Kroatien, Österreich, Peru, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

Dagegen:

Ägypten, China, Eritrea, Kamerun, Kuba, Philippinen, Saudi-Arabien

Enthaltungen:

Afghanistan, Angola, Bahrain, Bangladesch, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Fidschi, Indien, Irak, Katar, Mexiko, Nepal, Nigeria, Pakistan, Ruanda, Senegal, Somalia, Südafrika, Togo, Tunesien, Uruguay]